

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

(A) Ich rufe auf:

Stellenpläne

und eröffne die Beratung. Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bensmann das Wort.

Peter Bensmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte heute nicht nur über den Personalhaushalt 2000 sprechen,

(Glocke)

sondern einen Rückblick auf diese Legislaturperiode halten. Da dieses meine letzte Rede ist, die 15. zum Personalhaushalt, möchte ich auch einmal die letzten 15 Jahre kritisch unter die Lupe nehmen.

(Unruhe bei der SPD - Glocke)

Hören Sie doch einmal zu; vielleicht ist es ja doch interessant. Herr Schleußer, 1985 hatten wir 340.750 Personalstellen.

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich darf einmal ganz kurz unterbrechen, Herr Kollege. Ich bitte ganz herzlich darum, dem Redner zuzuhören. Wenn Sie Gespräche führen wollen, machen Sie es einfach draußen. Bitte schön, Herr Kollege Bensmann, jetzt können Sie gerne fortfahren, und ich hoffe, mit mehr Aufmerksamkeit als vorher.

Peter Bensmann (CDU): 1980 - damals war noch Ihr Vorgänger Posser Finanzminister - hatten wir 334.400 Stellen, das heißt er hat in fünf Jahren etwa 4.500 Stellen abgebaut. Seitdem Sie in der Verantwortung sind, waren es bis zum Jahre 1998 345.000, und Sie haben es geschafft, entgegen allen Beteuerungen den Personalumfang um 9.000 Stellen zu vermehren. Das sind die Fakten.

Ihr ehrgeiziges Ziel - der Ministerpräsident hatte gesagt, er wollte in dieser Legislaturperiode 20.000 Stellen abbauen - ist überhaupt nicht er-

reicht. Im Gegenteil: In den letzten fünf Jahren weniger als 1 Prozent Personalabbau.

(C)

(Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege, ich stelle nur das gegenüber, was der Ministerpräsident in der Legislaturperiode vor fünf Jahren an politischer Vorgabe gegeben hat und wie das Ergebnis aussieht, nicht mehr. Sie können es, und auch die Presse kann es beurteilen und letztendlich bewerten.

Auch die Ministerialbürokratie in den letzten 15 Jahren ist nicht abgebaut worden, sondern um 322 Stellen vermehrt.

(Bodo Champignon [SPD]: Vielleicht haben Sie dafür Anträge gestellt!)

- Natürlich, wir haben auch Schwerpunkte in der Personalpolitik, sind aber auch bereit dazu, neue Wege zu gehen und dort, wo es zuviel Personal gibt, natürlich mit entsprechenden politischen Entscheidungen abzubauen. Darauf komme ich gleich noch. Wir geben wie in all den Jahren 50 %, jede zweite Steuermark, für Personal aus. Das sind in diesem Haushalt 37,8 Milliarden DM für 342.000 Landesbedienstete.

In der Vorbereitung der Rede habe ich nachgesehen, was ich vor 15 Jahren dazu gesagt habe, und ich zitiere hier nicht den CDU-Abgeordneten, sondern den Ministerpräsidenten. Er hat damals in seiner Regierungserklärung für die fünf Jahre beschlossen, daß die Ministerialbürokratie, insgesamt die öffentliche Verwaltung, auf den Prüfstand gehört und verringert werden muß. Damals, 1986, ist auch das, was mit unserer Zustimmung auf den Weg gebracht worden ist, nämlich der AStA, ins Leben gerufen worden. Es fällt mir nicht schwer zu sagen: dieses Instrument ist richtig und hat viele richtige Vorgaben gemacht, die allerdings leider im Ergebnis nicht immer so umgesetzt wurden, wie es die externen Gutachter vorgeschlagen haben.

(D)

Ein Ergebnis dieses AStA waren die aufgabenkritischen Untersuchungen mit den sogenannten kw-Stellen. Hier gegenübergestellt, was der Ministerpräsident vor fünf Jahren gesagt hat: 20.000 Stellen wollte man abbauen. Das Ergebnis ist aus dem letzten Bericht des AStA. Von 1993 bis 1999 wurden insgesamt nur 14.631 kw-Vermerke ausgebracht. Jetzt kommt es, und hören Sie gut zu: Ganze 40,5 %, nämlich nur 5.929,55

(Peter Bensmann [CDU])

- (A) wurden einschließlich erstes Halbjahr 1999 realisiert. Das heißt, von dem, was man sich eigentlich vorgenommen hat, ist der Ministerpräsident meilenweit entfernt.

Um überhaupt die zukünftigen Pensionslasten, die uns alle bedrücken, in der nächsten Zeit stemmen zu können, müssen wir alle anderen Bereiche aufgabenkritisch untersuchen und die Verwaltung verringern.

Ein Schritt - das haben wir in der letzten Ausschusssitzung begrüßt - war im Zusammenhang mit der Realisierung von kw-Vermerken die sogenannte Stellenbörse. Die Fachleute wissen, wovon wir reden. Herr Schleißer, Ihr Staatssekretär - Sie waren selber nicht da - hat herumgeredet, manche sagen auch herumgeeiert, um zu versuchen zu unterscheiden zwischen dem, was wir im letzten Jahr zum Haushaltsgesetz gefordert haben. Da hat uns Ihr Haus übrigens einen Formulierungsvorschlag gemacht, wie man es genauso machen kann wie jetzt. Ein Jahr haben Sie verschenkt. Hätten Sie damals auf uns gehört, hätte man sicherlich schon mehr Stellen realisieren können.

(Zuruf des Ministers Heinz Schleißer)

- (B) - Ist ja schön, daß Sie das zugeben, daß wir einmal recht hatten. Wir haben auch in vielen anderen Dingen recht.

(Bodo Champignon [SPD]: Ihnen hört doch keiner mehr zu! Gucken Sie zu Ihrer Fraktion!)

- Es ist doch schön, wenn Sie zuhören, die anderen kenne das alles schon.

(Lachen bei der SPD)

Herr Schleißer, daß Sie dieses Ziel eigentlich nicht erreichen können, liegt daran, daß sie überhaupt nicht wissen, wieviel Leute auf Ihrer Payroll eigentlich insgesamt stehen.

Das Informationssystem Personal, IPA, gibt es --

(Zurufe von der SPD)

- Frau Präsidentin?

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Nun hat wieder der Redner das Wort, wie eigentlich auch schon

vorher. Bitte schön, Herr Bensmann, fahren Sie einfach fort. (C)

Peter Bensmann (CDU): Frau Präsidentin! Ich wollte diese nette Runde hier nicht unterbrechen.

(Bodo Champignon [SPD]: Lassen Sie sich ruhig Zeit, Herr Bensmann.)

- Das tue ich auch, darauf können Sie sich verlassen. Ich bin bis Juni gewählt.

Herr Finanzminister, dieses Informationssystem haben Sie bis heute nicht. Zwar bedauern Sie das immer, und die zweite Unternehmensberatungsgesellschaft hat sich schon daran versucht; ich stelle jedoch eins fest: Kein Unternehmen könnte es sich heutzutage leisten, ohne ein datengestütztes, umfassendes Personalführungs- und Informationssystem einen so großen

Personalbestand überhaupt zu verwalten. Sie können das offensichtlich doch. Ich vermisse allerdings immer wieder, daß Sie einfach energisch an die Sache herangehen. Auch in kleinen Schritten und Stufen hätte man das ja machen können.

Ich komme zu einem weiteren Bereich, in dem medienträchtiges Handeln des Ministerpräsidenten im krassen Widerspruch zu den Zahlen steht. Dabei geht es um die Auszubildenden. Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben das in der Anhörung der Berufsverbände sehr deutlich gesagt und kritisiert: Im letzten Jahr haben sie 516 Stellen gestrichen; in diesem Jahr waren es weitere 350. (D)

(Minister Heinz Schleißer: Die Zahlen sind falsch. Das wissen Sie!)

- Herr Schleißer, diese Zahlen habe ich aus Ihren Vorlagen. Sie können sie gerne korrigieren. Jeder zehnte Ausbildungsplatz ist in den letzten drei Jahren gestrichen worden. 1996 hatten wir eine Ist-Besetzung von 71 %. Zugegebenermaßen geht bei verringerten Zahlen und gleichem Personal die Quote dann nach oben. An der Stelle hat sich die Situation verbessert. Das begrüßen wir. Insgesamt aber kommen das Land Nordrhein-Westfalen und die Landesregierung ihrem Auftrag überhaupt nicht nach, zusätzliche Ausbildungsstellen bereitzuhalten.

(Peter Bensmann [CDU])

- (A) Besondere Sorgen bereiten uns allen die Pensionskostenlawine. Einige Schritte gibt es, die auch wir unterstützt haben. Ich denke dabei an die Vorruhestandsregelung, die 55er-Regelung und das Sabbat-Jahr. Aber, Herr Schleißer, die Versorgungsrücklage ist - das wissen Sie auch - nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Widerspruch des Ministers Schleißer)

- Die ist in Bonn erfunden worden. Das weiß ich. Sie haben sie mitgetragen. Das ist zu wenig. Das wollte ich nur noch einmal verdeutlichen.

Meine Damen und Herren, wir geben heute etwa 6,5 Milliarden DM für die Pensionslasten aus. In 20 Jahren wird sich der Betrag verdoppelt haben. Nehmen wir die Vorgabe Ihres Parteifreundes Schleißer, nach der nur 50 % der Steuerquote für Personalausgaben verwandt werden, müssen wir 70.000 Leute entlassen. Das ist nicht zu stemmen. Darüber bin ich mir auch im klaren. Deswegen meine ich, daß wir neue Wege gehen müssen. Ich möchte als ein Beispiel die frühzeitige Pensionierung von Lehrern nehmen:

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, 99 % aller Lehrer beenden ihr Arbeitsverhältnis vor dem 65. Lebensjahr, und zwar aus Krankheitsgründen. Das Durchschnittsalter beträgt zur Zeit 58 Jahre. Um nicht mißverstanden zu werden: Das ist kein Vorwurf an die Lehrer, sondern richtet sich als Frage an das rot-grüne Schulsystem insgesamt, das sicherlich eine Ursache für diese Entwicklung ist.

(Lachen bei der SPD)

- Natürlich! Woher kommt denn die größte Unruhe? - Doch von den Gesamtschullehrern und nicht den anderen! Herr Walsken, das wissen Sie doch ganz genau.

(Ministerin Gabriele Behler: Das ist Ihre Logik! Die ist schwer verständlich. - Unruhe - Glocke)

- Frau Behler, gehen Sie einmal nach Kamen. Die werden Ihnen das bestätigen.

Dann allerdings muß man auch die Kraft dazu haben, neue Wege zu gehen. Wenn es so ist, daß 99 % aller Lehrer mit 58 Jahren und einer Pensionsrate von etwa 68,5 % in den Vorruhestand gehen, warum macht man dann nicht für diese Gruppe wegen der besonderen Arbeitsbelastung

eine besondere Laufbahn? In der Bundeswehr hat man das beispielsweise für Strahlflugzeugführer gemacht.

(Lebhafte Unruhe bei der SPD)

- Hören Sie doch einmal zu. Wenn wir solche Wege jetzt nicht gehen, werden wir die Pensionslasten in 10 Jahren nicht mehr bezahlen können. So sieht doch das Problem aus. Auch Herr Schleißer sagt das, macht bloß keinen Vorschlag.

Jetzt mache ich mal einen Vorschlag, der nicht abgestimmt ist und auf Widerspruch stoßen wird: Warum stellen wir die zukünftigen Lehrer denn nicht als Angestellte mit einem Laufbahnziel von 55 Jahren ein und nur solche Lehrer in besonderen Leitungs- und Spitzenfunktionen bis zum 65. Lebensjahr, auch mit dem entsprechenden Abschlag, wie es ihn jetzt schon gibt, nämlich 68,5 %? Warum eigentlich nicht? Übrigens ist in Sachsen kein Lehrer Beamter. Warum kann das eigentlich nicht auch hier gehen?

Wenn man solche Wege geht, löst das auch nicht die Probleme von heute, aber diese Wege müssen wir gehen --

(Ministerin Bärbel Höhn: Wieviel kostet das denn? Haben Sie das einmal hochgerechnet?)

- Frau Höhn, wenn Sie mir dazu eine Alternative nennen, bin ich gerne bereit. Von dem Geschäft verstehe ich ein bißchen mehr als Sie. Daß Angestellte zur Zeit teurer sind als Beamte, ist eine Milchmädchenrechnung, die jeder bei uns im Fachausschuß kennt. Nur wenn wir heute nicht drangehen, werden wir in 10 oder 15 Jahren die Pensionslasten nicht zahlen können. Wir fahren mit Volldampf auf eine Betonwand zu, soweit es um diese Problematik geht. 20 % unserer Personalausgaben geben wir in 15 Jahren nur für Pensionen aus. Die Menschen leben alle und werden - Gott sei Dank - älter. Wenn man älter wird, wird man häufiger krank, und deswegen steigen auch die Lasten für die Krankenkosten und Beihilfe. Dann muß man irgendwann einmal anfangen --

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

(A)

Peter Bensmann (CDU): Ich weiß, Frau Präsidentin. Ich bin sofort fertig. Nur wollte ich Frau Höhn gerne noch geantwortet haben. - Herr Finanzminister, deshalb sage ich Ihnen, daß ich mir eigentlich gewünscht hätte, da Sie jetzt auch aufhören --

(Minister Heinz Schluëser: Was erzählen Sie da für einen Unsinn?)

- Als Finanzminister hören Sie hier doch auf. Vielleicht schon eher als Sie glauben.

(Minister Heinz Schluëser: Da irren Sie sich gewaltig.)

Lassen wir das einmal. Vielleicht erleben Sie das Ende der Legislaturperiode gar nicht mehr auf diesem Stuhl.

(Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, ich erinnere Sie noch einmal daran, daß Ihre Redezeit doch schon sehr lange abgelaufen ist.

(B)

Peter Bensmann (CDU): Ich hätte mir gewünscht, daß Sie sich am Kabinetttisch einmal durchgesetzt hätten, um diese Ziele zu realisieren. Wir sind bereit dazu, die notwendigen Wege zu gehen, sagen für die CDU aber auch: Sicherheit und Bildung sind für uns Schwerpunkte. Dort werden wir in unseren Anträgen auch die entsprechenden Personalverstärkungen darlegen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Peter Bensmann (CDU): Letzter Satz, Frau Präsidentin! Ich möchte Sie bitten, unseren Anträgen zuzustimmen; denn die CDU in NRW ist für das nächste Jahrtausend richtig gerüstet, Sie nicht! - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Ministers Heinz Schluëser - Bodo Champignon [SPD]: Frenetischer Jubel!)

(C)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion hat Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bensmann, angekündigt haben Sie Ihre Memoiren; wenn man sich dabei auf das eine oder andere Fachterrain wagt und da nicht allzugut im Thema ist, ist das ein heißes Eisen. Wenn man dann noch überlegt, was die personalpolitische Linie der CDU in ihrem Beitrag war, dann komme ich ins Grübeln, weil ich weder einen roten noch einen schwarzen Faden gesehen habe. Daher: Vorsicht mit den Memoiren!

Ich möchte für die SPD-Fraktion gerne deutlich machen, wo wir den roten Faden für die nächsten Jahre, für den Übergang ins Jahr 2000 sehen, und in wenigen Punkten darstellen, wie die Eckpunkte der Personalpolitik der SPD-Fraktion bzw. der Koalitionsfraktionen aussehen. Denn nach wie vor ist für uns klar, daß die Begrenzung der Personalkosten der entscheidende Faktor in der Konsolidierung des Landeshaushalts bleiben wird.

Dazu wird es auch weiterhin notwendig sein, daß wir das, was erfolgreich begonnen worden ist - Organisations- und Strukturuntersuchungen in der Landesverwaltung - mit langfristig angelegten Konzepten fortsetzen. Wir sind bislang bei den Ländern Spitzenreiter. Diese Position sollte man hier einmal deutlich benennen.

Wir haben mit den schon abgeschlossenen Untersuchungen bereits ein Paket von fast 14.000 kw-Stellen gepackt. Es ist klar, daß es noch nicht ausreichend realisiert ist - das ist nicht unser politisches Thema. Wir haben mit 5.400 kw-Vermerken im vergangenen Jahr ein gutes Ergebnis erzielt; aber wir sind auch der Meinung, daß wir da noch zulegen können, daß das nicht ausreicht.

Deshalb werden wir den Prozeß mit einigen Maßnahmen, die jetzt schon in der Ergänzungsvorlage deutlich ablesbar sind, weiter beschleunigen. Wir werden die 58er Regelung weiter forcieren. Wir werden den Ausbau der Altersteilzeit vorantreiben; Sie können es in der zweiten Ergänzung nachlesen. Es geht jetzt hervorragenderweise um die Lehrkräfte ab dem 60. Lebensjahr; aus unserer Sicht eine gute Maßnahme.

(D)

(Gisela Walsken [SPD])

(A) Wir werden in den einzelnen Ressorts die Budgetierung des Personalhaushalts weiter betreiben, und wir werden uns jetzt - das ist dem Parlament mit der Zweiten Ergänzung bereits vorgelegt - die Veränderung der Struktur der Stellenbörse vornehmen. Die SPD-Fraktion begrüßt diese Maßnahme, diese neue Personalagentur, ausdrücklich, weil die alte Stellenbörse - auch das ist völlig unstrittig - nicht in ausreichendem Maße, Herr Kollege, zur Beschleunigung des Abbaus der kw-Vermerke beigetragen hat. Das ist auch im Ausschuß eine völlig undramatische Diskussion gewesen.

Wir gehen davon aus, daß die neue Agentur zielgerichtet auf die Ressorts zugehen wird, die kw-Stellen noch nicht abgebaut haben, und sie wird bei Neubesetzung aktiv versuchen, das entsprechende Angebot mit der Nachfrage in den Einklang zu bringen. Darüber hinaus wird sie eine Anpassung des Qualifikationsstandards mit Mitteln der Fortbildung und der Umschulung anbieten, eine wichtige zusätzliche Maßnahme.

Wenn dann eine Nachbesetzung aus dem landeseigenen Stellenbestand nicht erfolgen kann, obwohl es möglich wäre, ist vorgesehen, diese Stelle zwei Jahre nicht zu besetzen - ein Instrument, von dem wir glauben, daß es die Mittel und Wege der Agentur schärfen wird; daher wird es von uns ausdrücklich begrüßt.

(B) Wichtig ist uns grundsätzlich zweierlei! Bei allen Maßnahmen wird es keine betriebsbedingten Kündigungen und keine Abfindungen geben. Wir nehmen die Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung außerordentlich ernst; deshalb lege ich Wert darauf, das noch einmal zu betonen.

Die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre in der Zweiten Ergänzung ist ein weiteres aus unserer Sicht gutes personalpolitisches Instrument, so daß nunmehr lediglich eine zwölfmonatige Beförderungssperre im Haushaltsgesetz verbleibt. Eine freiwerdende Planstelle ist also nun innerhalb der Landesverwaltung - wohlgemerkt! - wieder sofort besetzbar. Soll sie dennoch extern besetzt werden, gilt eine Stellenbesetzungssperre von zwei Jahren. Ich glaube, auch das ist ein Instrument, um den Abbau der kw-Stellen zu beschleunigen.

Der Abbau von Personal wurde bisher fast ausschließlich in der allgemeinen Verwaltung umgesetzt. Die Entwicklung in den politischen Schwerpunktbereichen ist anders, und auch die Schwer-

punkte werden aus Sicht der Koalitionsfraktionen gewollt anders gesetzt. Lassen Sie mich heute nur zwei Bereiche herausnehmen, weil sie die heutige Debatte bestimmt haben und morgen noch bestimmen werden: Schule und innere Sicherheit. (C)

Zusätzliche nachhaltige Anstrengungen wird es im Bereich der Schule geben. Die 1.000 Vorgriffsstellen, um kurzfristigen Lehrerausfall im Bereich von S I und S II auch fachspezifisch zu bedienen, ist aus unserer Sicht ein besonders gutes Instrumentarium. Wir sind nicht der Ansicht, daß es sinnvoll ist, die 3 %ige Stellenreserve wieder einzuführen. Sie ist schon damals im System versickert und wird heute wieder versickern. Wir brauchen Instrumente, die zielgenau und flexibel in der Lage sind, kurzfristigen Unterrichtsausfall zu begrenzen.

Wir sind auch der Meinung, daß "Geld statt Stellen" bei langfristigen Erkrankungen ein gutes Instrument ist, Vertretungen vorzunehmen. Das hat sich in der Praxis bewährt; deshalb stocken wir auch da auf. Ich glaube, mit diesen Kernmaßnahmen sind wir für die Debatte in diesem Hause gut gewappnet, dem eigentlich zur Zeit kaum vorhandenen Unterrichtsausfall zu begegnen.

(D) Ein zweiter Schwerpunkt ist der gesamte Bereich der inneren Sicherheit, die Situation bei den Polizeibehörden. Die Umschichtung von Beförderungsstellen in die zweite Säule ist heute schon angesprochen worden, von uns aus gesehen, eine wichtige Maßnahme, um dem Überhang, dem Stau, der in der ersten Säule entstanden ist, zu begegnen. Das Ganze muß aus der Sicht der Haushälter und Personalwirtschaftler finanzneutral erfolgen. Das heißt, höherwertige Beförderungsstellen sind zur Gegenrechnung einzubringen.

Ebenfalls zur Gegenfinanzierung der Mehrkosten einzubringen - auch das ist uns wichtig - ist die Leistungsprämie der Polizei. Nach meiner Einschätzung ist das eine Maßnahme, die im Land allgemein Akzeptanz findet.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es immer wesentlich, auch im Gespräch mit den Gewerkschaften über die Dinge zu reden, die sich aus der Sicht der Interessenvertreter des öffentlichen Dienstes als bedeutsam darstellen. Deshalb nehmen wir die Anhörung im Unterausschuß "Personal" sehr wichtig. Wir haben aus

(Gisela Walsken [SPD])

(A) dieser Anhörung eine Reihe von Dingen aufgegriffen und wollen damit auch gegenüber den Gewerkschaften dokumentieren, daß wir versuchen, Machbares in politische Beschlüsse im Haushalt umzusetzen.

Die Möglichkeit zur Überleitung von Beamtinnen und Beamten des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst gilt für die staatliche Umweltverwaltung. Das hat zur Konsequenz, daß schon zum 1. Januar 2000 über 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Chance haben, befördert zu werden.

Das gilt auch in der Steuerverwaltung. Da haben wir kleine, aber wichtige Schritte zur Verbesserung der Struktur für den mittleren und insbesondere den einfachen Dienst getan. Wir sehen es als langfristige Aufgabe auch in der nächsten Legislaturperiode, die Überprüfung der Strukturen im einfachen und im mittleren Dienst vorzunehmen. Dies wird eine zentrale Aufgabe unserer personalpolitischen Arbeit sein.

Ich denke dabei auch an die Strukturen des Strafvollzugs; auch das ist schon angesprochen worden. Nachdem wir bereits in diesem Jahr 125 Anwärter zusätzlich zur Entlastung eingestellt haben, freut es mich, daß die Stellenplanobergrenzen-Verordnung des mittleren Dienstes durch die Landesregierung in der Ergänzungsvorlage angepaßt worden ist.

(B) Ein letztes Wort, und zwar zur Ausbildungssituation. - Uns ist wichtig, daß all diejenigen, die als Anwärter/innen in unserem Landesdienst beginnen, nach erfolgreicher Prüfung die Chance erhalten, im Beruf zu bleiben, auch wenn es nur für eine gewisse Zeit ist. Uns ist wichtig, daß wir keine/n aus der Ausbildung in die Arbeitslosigkeit entlassen. Dafür ist im Landeshaushalt aus unserer Sicht Sorge getragen.

Meine Damen und Herren, abschließend: Dieser Haushalt wird die bevorstehenden Herausforderungen des Jahres 2000 meistern: zum einen, weil er solide personalpolitische Instrumente anwendet, zum anderen deshalb, weil er die Interessen vieler Menschen im Auge hat, auch derjenigen, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören. Von daher ist dieser Haushalt ein guter Weg. Ich empfehle allen die Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollegin Herrmann das Wort. (C)

Brigitte Herrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bensmann, wenn Sie mit Ihrer Abschiedsrede mal nicht den ganzen Deutschen Beamtenbund auf die Palme gebracht haben!

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Er soll doch Ehrenmitglied werden!)

Denn mit Ihrem Vorschlag, vorrangig Angestellte einzustellen, sind die mit Sicherheit nicht einverstanden.

Gestatten Sie mir zunächst einmal ein paar Bemerkungen zu den Stellenplänen des Landes. - Im Vergleich zur Bevölkerungszahl fällt die Zahl der Beschäftigten in den Landesverwaltungen für Nordrhein-Westfalen sehr günstig aus. Für kein anderes Bundesland lassen sich niedrigere Relationszahlen feststellen. Aber gerade weil NRW eines der einwohner/innen/größtes Bundesland ist, Herr Bensmann, gerade weil das so ist, führt auch eine vergleichsweise günstige Relation zu einem großen Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt des Landes. (D)

Um diesen hohen Personalkostenanteil zu senken, wurden unterschiedlichste Maßnahmen sowohl von der Landesregierung als auch von den Parlamentariern ergriffen und im Unterausschuß "Personal" diskutiert. Lassen Sie mich auf einige Maßnahmen eingehen.

Erstens: die Beschleunigung der Realisierung der kw-Vermerke. Das zieht sich wie ein rotes Band durch Diskussionen; es war fast in jeder Sitzung Thema: Wie kann man diese kw-Vermerke schneller realisieren?

Und wenn man die Zahlen so sieht und hört - im ersten Halbjahr 1999 würden 563 kw-Vermerke realisiert = 6,5 % der noch vorhandenen 8.723 Vermerke -, dann ist das nicht gerade erbauend. Und auch der Landesrechnungshof hat eine Beschleunigung angemahnt. Wenn man sich dann aber mal anschaut, was in den Jahren 1993 bis 1999 passiert ist, und feststellt, daß von den insgesamt 14.631 Vermerken 5.929 - das sind immerhin 40,5 % - realisiert worden sind, dann

(Brigitte Herrmann [GRÜNE])

(A) nehmen sich die 6,5 % nicht mehr so schlimm aus.

Aber dies ist so manchem nicht schnell genug. Aus diesem Grunde wurde in der Ergänzung die Stellenbörse, die nicht den gewünschten Erfolg brachte, in eine sogenannte Personalagentur, die jetzt ihre Tätigkeit aufnehmen wird, umgewandelt. Meine Kollegin Gisela Walsken hat berichtet, was es mit dieser neuen Personalagentur auf sich hat. Was ich daran ganz besonders gut finde, ist, daß man nicht nur prüft, wer auf welche Stelle paßt, sondern darüber hinaus versucht, stellenspezifisch zu qualifizieren, also auch die Mittel der Fortbildung und Umschulung anbietet.

Wenn eine Nachbesetzung aus dem landeseigenen Stellenbestand nicht erfolgt, obwohl dies möglich wäre, ist vorgesehen, eine zweijährige Stellenbesetzungssperre zu verhängen. Ausnahmen von dieser Stellenbesetzungssperre sind möglich; einige Ausnahmen sind in der Ergänzung aufgeführt. Ich hoffe, daß zusätzlich Ausnahmen für die Verwaltungen der Hochschulen möglich werden.

(B) Ob diese Personalagentur - was wir alle wünschen - von mehr Erfolg gekrönt sein wird, bleibt abzuwarten. Denn in manchen Fällen hat die langsame Realisierung von kw-Vermerken ihre Ursache im vermehrten Arbeitsanfall oder darin, daß die versprochene Technik entweder noch nicht da ist oder noch nicht funktioniert.

(Reinhold Trinius [SPD]: Oder Anwärter übernommen wurden!)

Zweitens ist, was die Beschleunigung betrifft, die Inanspruchnahme der Altersteilzeit und der Sabbatjahr-Regelung zu nennen. Leider muß man feststellen, daß die Inanspruchnahme der Altersteilzeit sich nur sehr zurückhaltend vollzieht. Natürlich ist zu bedenken, daß dieses Altersteilzeitmodell für die Beamtinnen und Beamten erst seit dem 01.06.1999 in Kraft ist. Trotzdem: Im ersten Halbjahr 1999 haben insgesamt nur 255 Beschäftigte diese Regelung in Anspruch genommen.

Viele von uns Parlamentarier/inne/n bedauern dies, da im Unterschied zur Landesregierung viele von uns in der Altersteilzeit nicht nur ein Mittel zur Beschleunigung des Abbaus von kw-Vermerken sehen, sondern auch ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument.

(C) Die Gründe für die geringe Inanspruchnahme sind vielfältig. Da sind zum einen selbstverständlich finanzielle Aspekte, zum anderen wirkt sich die Vollzeitklausel nachteilig aus; darüber hinaus konkurriert die 58er-Regelung.

Der Hauptgrund jedoch ist meines Erachtens die haushaltsrechtliche Vorgabe, die die Wiederbesetzung der freigewordenen Stellenanteile einschränkt. Als Grund kommt außerdem hinzu, daß im Moment nicht alle Beschäftigten, die an Altersteilzeit interessiert sind, eine verbindliche Renten- bzw. Versorgungsauskunft erhalten können. Unsere Fraktion wird daran arbeiten und sich dafür einsetzen, daß alle Gründe, die zur Nichtinanspruchnahme von Altersteilzeit führen, nach und nach wegfallen.

(D) Auch uns ist die Anhörung der Berufsverbände und Gewerkschaften im Unterausschuß "Personal" immer sehr wichtig. In diesem Jahr war von den Vertretern und Vertreterinnen ganz deutlich zu hören, daß in vielen Bereichen der Landesverwaltung eine personelle Unterversorgung festzustellen ist und es die Forderung nach Neueinstellungen gibt. Herr Bensmann, auch von Ihrer Fraktion kommen immer wieder Forderungen nach Neueinstellungen; das widerspricht dem, was Sie gerade gefordert haben, nämlich immer mehr Abbau vorzusehen. Das ist ein Widerspruch.

Die Koalitionsfraktionen - meine Kollegin hat es ausgeführt - haben vorsichtig versucht, den Unterrichtsausfall an den Schulen zukünftig zu vermeiden, und 1000 neue Lehrer- und Lehrerinnenstellen geschaffen.

Ein anderes Thema, das uns im Unterausschuß im letzten Jahr beschäftigt hat, war die Situation des mittleren Dienstes. Ich freue mich, daß die Stellenobergrenzenverordnung im Justizvollzugsdienst für das Jahr 2000 gelockert wurde und daß es darüber hinaus den Koalitionsfraktionen gelungen ist, einige Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst zu schaffen.

Das große Thema überhaupt war im Unterausschuß "Personal" in diesem Jahr sowohl bei den Mitgliedern des Unterausschusses als auch bei den Beschäftigten und deren Vertretungen die Leistungsprämie. Herr Kollege Kruse von der CDU hat heute mittag den Koalitionsfraktionen vorgeworfen, in dieser Angelegenheit einen Wackelkurs zu fahren.

(Brigitte Herrmann [GRÜNE])

- (A) Ich aber sage Ihnen: Aus den Diskussionen, die ich von der CDU gehört habe, geht ein sehr heftiger Wackelkurs hervor. Im Unterausschuß "Personal", aber auch im HFA wird vom finanzpolitischen Sprecher der CDU verlangt, die Leistungsprämie einzustampfen und gar nicht mehr zur Auszahlung zu bringen. Das steht im Widerspruch zu den Änderungsanträgen, die Sie heute gestellt haben, in denen Sie die Leistungsprämie als Deckung vorschlagen. Das alles sind Widersprüche in sich.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kruse?

Brigitte Herrmann (GRÜNE): Nein, ich habe nur noch ganz wenig Zeit. - Wir haben eine Lösung des Konflikts, den es insbesondere bei der Polizei gab, gefunden. Es bleibt aber auch für unsere Fraktion dabei: Es müssen optimale transparente Kriterien für die Vergabe von Leistungsprämien von allen Ressorts erarbeitet und gefunden werden.

- (B) (Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Genau! Die fehlen doch!)

Solche Kriterien müssen vor allen Dingen von allen Beschäftigten akzeptiert werden können.

Ein Problem, daß uns in der Zukunft beschäftigen wird, ist, wie ich denke, die Kostendämpfungspauschale. Inzwischen hat es - Herr Minister Schleußer, Sie wissen es - Verwaltungsgerichtsurteile gegeben, die besagen, daß sich die Beihilfeverordnung des Landes NRW nicht mit der Verfassung in Einklang bringen läßt. Da besteht Handlungsbedarf. Ich weiß, daß das Bundesverfassungsgericht in der Angelegenheit angerufen worden ist. Es bleibt abzuwarten, was daraus wird.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zur Ausbildungssituation in der Landesverwaltung sagen. Insbesondere in der Anhörung wurde vom DGB und der ÖTV beklagt, daß das Land seit 1995 Ausbildungsstellen in vierstelliger Größenordnung abgebaut habe. Im Unterausschuß "Personal" haben wir von der Landesregierung einen Bericht über die Entwicklung des Ausbildungsangebots seit 1995 angefordert. Sollte sich be-

stätigen, daß der DGB mit seiner These recht hat, der Ministerpräsident hole durch seine Ausbildungstour jedes Jahr nur etwa 10 % der Lehrstellen wieder herein, die das Land zuvor abgebaut habe,

(Peter Bensmann [CDU]: Genauso ist es!)

dann sehe ich Handlungsbedarf sowohl bei uns Parlamentariern als auch bei der Landesregierung.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Brigitte Herrmann (GRÜNE): Ja. - Alles in allem haben die Regierungsfractionen gute Arbeit geleistet. Die personalrelevanten Teile dieses Haushaltsentwurfs können sich sehen lassen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu den Stellenplänen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat Herr Finanzminister Schleußer. Bitte schön.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Kollegin Walsken dankbar, daß sie vieles von dem, was ich hätte sagen müssen, ausgeführt hat. Insoweit kann ich das alles verkürzen.

Das gilt auch für die Stellenbörse und die Personalagentur. Da sind wir auf einem guten Weg. Ich bestreite nicht, Herr Kollege Bensmann, daß die CDU vor zwei Jahren in eine ähnliche Richtung gedacht hat. Wir haben damals noch darauf gesetzt, daß es möglich ist, einvernehmlich und behutsam das Ziel zu erreichen. Das hat sich als nicht praktikabel herausgestellt. Also werden wir es jetzt ändern. Ich bin sicher, wir kommen damit zu vernünftigen Ergebnissen.

Kollegin Herrmann, haushaltsrechtliche Einschränkungen sind notwendig. Das beklagen Sie. Sie sind halt notwendig, solange wir keine anderen Möglichkeiten finden. Es wird nicht anders gehen.

Was die Kostendämpfungspauschale angeht, habe ich, Frau Kollegin, Probleme. Bisher ist lediglich beanstandet worden, daß wir die Kosten-

(C)

(D)

(Minister Heinz Schleußer)

(A) dämpfung sozial gestaffelt haben. Aber wir können doch nicht sagen, damit hätten wir nichts zu tun. Wir wollten eine soziale Staffelung bei der Kostendämpfung.

Wir wollen nach Möglichkeiten für den einzelnen suchen. Darum werden wir, die Landesregierung, zunächst bei dieser Form der Kostendämpfung bleiben.

Zur Ausbildung: Wir sind uns doch eigentlich von Anfang an einig gewesen, daß es darum gehen muß, vorwiegend die Berufe zu bedienen, in denen man später auf dem Arbeitsmarkt eine Chance hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Was nützt es, wenn wir Ausbildung betreiben, vor allen Dingen in bestimmten Verwaltungsbereichen, wenn wir schon jetzt wissen, daß die Auszubildenden anschließend weder draußen noch bei uns einen Arbeitsplatz finden können? Das sind genau die Bereiche, in denen wir die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgeführt haben. Das gilt z. B. für die Finanzverwaltung. Was sollen wir mit den vielen Ausbildungsplätzen im mittleren und im gehobenen Dienst, wenn wir schon jetzt wissen, daß wir nicht einmal mehr 50 % dieser Auszubildenden werden verwenden können und daß auch in der freien Wirtschaft entsprechende Arbeitsplätze fehlen? Auch im Osten gibt es keinen Nachholbedarf mehr; es gibt bei den Steuerberatern keinen Nachholbedarf mehr. Sollen wir die jungen Menschen ausbilden, damit sie anschließend auf dem Arbeitsmarkt nach neuen Möglichkeiten suchen müssen, weil sie mit der eigenen Ausbildung nichts mehr anfangen können? Wenn Sie das so wollen, müssen wir noch darüber diskutieren.

(B)

Was mich wirklich interessiert, Herr Kollege Bensmann, ist Ihre heute vorgebrachte Forderung, die Lehrer zu entbeamten. Das finde ich beeindruckend. Sie sind, glaube ich, einer der wenigen CDU-Vertreter, die das öffentlich fordern. Ich finde, das ist eine spannende Geschichte. Wir können uns einmal ansehen, was dabei herauskommt. Aber Ihre Aussage, daß sich alle Fachleute einig sind, Angestellte seien billiger als Beamte, stimmt nicht.

(Peter Bensmann [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt! Angestellte sind anfangs teurer!)

Niemand kann das mit letzter Sicherheit sagen, es sei denn, Sie gehören zu den Hochqualifizierten, die schon heute die Zinsen in 30 Jahren kennen;

denn dann könnte man definitiv sagen, wer billiger ist: Beamte oder Angestellte. Da ich vermute, daß Sie die Zinsentwicklung der nächsten 30 Jahre nicht kennen, ist es schwierig, das heute schon abschließend zu entscheiden.

(C)

Ich erzähle Ihnen allen seit vielen Jahren, daß Pensionen ein schwieriges Problem sind. Ich hatte gehofft, daß der Kollege Kanther die Strukturen der Pensionen ein bißchen deutlicher angeht, die entsprechende Beteiligung ein bißchen deutlicher einfordert. Wir haben zwar darüber diskutiert, die Umsetzung war damals aber nicht möglich. Der Kollege Kanther war guten Willens und hat gesagt: Ich sehe ein, daß meine Vorschläge durchaus auf den Bund und teilweise auf die Gemeinden, aber überhaupt nicht auf die Länder mit ihrer gewaltigen Personallast zutreffen; denn sie tragen alle Verwaltungen und zusätzlich die Bildung. - Herr Kanther meinte, die einfachste Lösung sei, wenn der Bund den Finanzausgleich anders gestalten würde.

(Peter Bensmann [CDU]: Das können Sie doch jetzt machen!)

Da ich diese Hoffnung weder bei Waigel noch bei Eichel habe, suchen wir hier nach Lösungen, die eine höhere Beteiligung der Betroffenen ermöglichen. Das heißt, wir müssen ein Ausgleichssystem schaffen, ein komplett neues System der Altersversorgung finden. Darin müssen die Rentenversicherung, die Pensionen und die freiwilligen Versicherungen für das Alter eingebettet sein. Mit dem, was wir für das Jahr 2000, also für das letzte Jahr dieser Legislaturperiode, vorsehen, sind wir auf einem guten Weg.

(D)

Ich habe meine Redezeit längst nicht verbraucht, weil ich glaube: Wenn alles einmal gesagt worden ist, muß es nicht von allen wiederholt werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Die Abstimmung über die Stellenpläne erfolgt an dieser Stelle nicht, da sie in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 2000 eingebunden ist.